

türkei infodienst

Nr. 60

ERSCHEINT 14-TAGIG

18.07.1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

08.07.83 Hasan Atmaca in Diyarbakir
 08.07.83 Fuat Kalf in Diyarbakir
 08.07.83 Abdullah Ciglik in Diyarbakir
 08.07.83 Mustafa Keser in Diyarbakir
 08.07.83 Mustafa Tekin in Diyarbakir

Hier handelt es sich um die Urteile in dem Prozeß gegen die Gruppe 'Urfa' der Arbeiterpartei von Kurdistan (PKK) mit 66 Angeklagten. Ein weiterer Angeklagter, der zunächst zum Tode verurteilt worden war, wurde wegen seines Alters dann zu lebenslänglich verurteilt. 43 Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen 3 und 36 Jahren.

09.07.83 Fahrettin Ordu in Erzurum

Hierbei handelt es sich um einen Mord mit politischem Hintergrund am 24. März 1980 in Kars. Der beteiligte Aslan Yücel wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Zahl der seit dem 12.09.1980 verhängten Todesstrafen hat sich damit auf 251 erhöht.

Hürriyet vom 09.07.1983

Von 173 Todesstrafen wurden 25 vollstreckt

Von der Ausrufung des Ausnahmezustandes bis zum 31. Mai 1983 wurden 173 Personen zum Tode verurteilt. Von diesen Todesurteilen wurden 25 vollstreckt. Wie es in der Mitteilung des Generalstabs weiter heißt, befanden sich an diesem Tag 451 Personen in Polizeigewahrsam, 13.683 in Untersuchungshaft und 6.987 Personen in Strafhaf. Weitere Zahlen sind:

Akten an StA	62.151
Akten an Militärgerichte	43.030
Freisprüche	11.469
Verurteilungen	14.591
Im nächsten Abschnitt Verurteilungen im Einzelnen:	
bis zu 5 Jahren	28.338
bis zu 10 Jahren	2.747
bis zu 20 Jahren	1.175
mehr als 20 Jahre	500
lebenslänglich	178
Todesstrafe	173

Wie man sieht, sind die Zahlen des Generalstabs schon in sich widersprüchlich. Die alternative türkeihilfe hat außerdem in einer getrennt erstellten Übersicht über die Zeitungsmeldungen bezüglich der erteilten, revidierten, bestätigten und vollstreckten Todesstrafen dargelegt, daß die offiziellen Zahlen des Generalstabs nicht stimmen können. Diese Liste kann gegen Kopierkosten und Porto bei der ath angefordert werden, tid.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

02.07.83 41 Linke in Ankara
 02.07.83 2 Rechte in Ankara

Seit dem 12.09.1983 wurden vor den Gerichten der Türkei 5.616 Anträge auf Todesstrafe gestellt.

Bestätigungen/Revisionen

Tercüman vom 13.07.1983

Im K.Maras-Verfahren wurden 13 Todesstrafen bestätigt

Der militärische Kassationsgerichtshof (Revisionsgericht) hat die Untersuchungen zu den Vorfällen in Karhama-maras zwischen dem 19. und 26. Dezember 1978 abgeschlossen. Dabei wurden 13 der 22 Todesstrafen des Militärgerichtes Adana bestätigt. Dies sind die Todesurteile gegen: Hanefi Cetinkaya, Remzi Karayazi, Mahmut Dogan, Ismet Cetin, Mustafa Bahar, Ahmet Denizolduran, Hüseyin Köse, Fevzi Görkem, Seyket Ünal, Süleyman Domurcuk, Cuma Yalcin, Yasar Kuru und Seydihan Kuru. Die Todesstrafen gegen Musat Demir, Mustafa Basel, Yusuf Sevinmis, Bekir Tonal, Mehmet Karayazi, Saban Denizolduran, Mehmet Yemsen, Mustafa Degirmen und Durdu Güler wurden aufgelöst. Des weiteren bestätigte das Revisionsgericht die Freisprüche von 359 Angeklagten. 19 Freisprüche wurden aufgelöst. Von den 14 lebenslänglichen Haftstrafen wurden 9 bestätigt und 5 aufgelöst. Durch den Tod des verurteilten Ökkes Taze im Gefängnis wurde sein Verfahren eingestellt. Damit hat das Revisionsgericht 260 Verurteilungen bestätigt und 100 Verurteilungen aufgehoben.

Die letzten Angaben stimmen mit den Zahlen in dem Artikel nicht überein. Aufgehobene Urteile bedeuten in diesem Fall, daß das Militärgericht in Adana hierüber erneut befinden kann und somit wiederum Todesstrafen oder lebenslängliche Haftstrafen erteilen kann, denn in dem Artikel ist nicht angegeben, aus welchen Gründen die Urteile aufgehoben wurden, tid.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 05.07.1983

Im Fatsa Dev-Yol Verfahren werden die Angeklagten den Zeugen gegenübergestellt

Der Fatsa Dev-Yol Prozeß mit 772 Angeklagten geht heute vor dem Militärgericht in Amasya weiter. Es werden 327 Angeklagte in den Saal gebracht und den Zeugen gegenübergestellt.

Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Angeklagten im Artvin Dev-Yol Prozeß auf 970 erhöht. Die aufgenommenen Zeugenaussagen werden den Angeklagten vorgelesen. Von den Angeklagten befinden sich noch 244 in Haft.

Cumhuriyet vom 05.07.1983

Der Prozeß gegen den Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, ging weiter

Der Prozeß gegen den ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, der sich im Militärgefängnis von Diyarbakir befindet, wegen Beleidigung des Staates geht weiter. Er soll auf einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates den Staat beleidigt haben. Die vernommenen Zeugen bestätigten, daß er gesagt habe, er werde nicht mit einer reaktionären Regierung und ihren reaktionären Mitgliedern zusammenarbeiten. Im Prozeß wurden 20 Zeugen vernommen.

Cumhuriyet vom 06.07.1983

Im Prozeß wegen des Mordes an Hakan Senyuva wurde ein Angeklagter zu 2 Jahren verurteilt

Im Prozeß wegen des Mordes an dem Vorsitzenden des Studentenvereines an der Fakultät für Politikwissenschaften in Ankara, Hakan Senyuva, wurde ein Angeklagter wegen Beteiligung an einem Streit, der mit Tod endete, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die anderen 3 Angeklagten wurden freigesprochen. Der Vater des Getöteten, der pensionierte General Hakki Senyuva sagte während des Prozesses: *"Zu der Zeit als der große Kongreß der aufgelösten MHP durchgeführt wurde, wurde mein Sohn planmäßig ermordet."*

Cumhuriyet vom 06.07.1983

Im Halkin Kurtulusu Prozeß mit 16 Angeklagten wurden Freisprüche erteilt

16 Angeklagte vor dem Militärgericht in Izmir, die beschuldigt worden waren, im Kreis Bucak der Provinz Burdur für die Organisation TDKP/Halkin Kurtulusu Aktivitäten entfaltet zu haben, wurden freigesprochen, nachdem der Militärstaatsanwalt in seinem Plädoyer Freispruch aus Mangel an Beweisen gefordert hatte.

Hürriyet vom 06.07.1983

Zwei Idealisten wurden zu lebenslänglich verurteilt

In Erzurum wurden Atilla Kaya und Mustafa Yenisehir zu lebenslänglich verurteilt, weil sie am 19. Juni 1980 Mithat Koculu umgebracht haben sollen. Die zwei Idealisten wurden zunächst mit dem Tode bestraft, unter Berücksichtigung von mildernden Umständen wurde diese Strafe dann in lebenslänglich verwandelt.

Cumhuriyet vom 07.07.1983

Der DISK-Prozeß

In Istanbul ging der Prozeß gegen 78 Angeklagte der DISK mit 68 geforderten Todesstrafen weiter. Im Prozeß, der am 24.12.81 begonnen hatte, wurden Beweismittel verlesen. In diesem Verfahren wurden bislang 32 Angeklagte aus der Haft entlassen. 44 Angeklagte befinden sich noch in Haft. Gegen einen Angeklagten wird in Abwesenheit verhandelt, während einer nicht inhaftiert wurde.

Cumhuriyet vom 07.07.1983

Celal Adan wurde entlassen

Der im MHP-Prozeß angeklagte Celal Adan, der wegen der Vorfälle in Istanbul angeklagt ist und dem der Mord an dem ehemaligen DISK-Vorsitzenden Kemal Türkler zur Last gelegt wird, wurde aus der Haft entlassen. Der Angeklagte war unter Todesstrafe angeklagt worden. Der Prozeß wurde auf den 11. August vertagt.

Cumhuriyet vom 08.07.1983

Das Verfahren gegen die Anwaltskammer Istanbul wurde eingestellt

Die Ermittlungen gegen 31 Vorstandsmitglieder der Anwaltskammer Istanbul haben ergeben, daß kein Grund für die Eröffnung eines Verfahrens besteht; Die Ermittlungen waren aufgrund des Artikels "Strampel nicht Orhan" (*gemeint ist der Vorsitzende Orhan Apaydin, tid*) des Journalisten Ergun Göze am 10. Januar 1981 in der Zeitung Tercüman eröffnet worden. Der Vorwurf lautete auf Zusammenarbeit mit DISK. Die Ermittlungen der Militärstaatsanwaltschaft ergaben nun, daß aus den Berichten der Anwaltskammer nicht genügend Beweismittel für ein solches Vergehen vorhanden seien. Die Artikel in den Broschüren der Anwaltskammer hätten dagegen wissenschaftlichen Charakter.

Hürriyet vom 09.07.1983

Verfahren gegen Zeitschrift "Partizan"

Das Verfahren gegen den Chefredakteur der Zeitschrift "Partizan" vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul endete mit einer Zuchthausstrafe von 7,5 Jahren für Irfan Asik.

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Dev-Yol Verfahren von Inegöl/Bursa

Wegen Aktivitäten für die illegale Organisation Dev-Yol in Inegöl/Bursa wurden vor dem Militärgericht in Gölçük von 12 Angeklagten 10 zu Haftstrafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 12 Jahren, 6 Monaten verurteilt. 2 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Die Verfahren in Ankara

Bei den Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurden im TKP-Verfahren 11 Angeklagte aus der Haft entlassen. Im Dev-Yol Verfahren mit 614 Angeklagten wurden 7 Angeklagte aus der Haft entlassen. Im Verfahren gegen 6 Angeklagte von Halkin Kurtulusu wurde ein Angeklagter aus der Haft entlassen.

Tercüman vom 10.07.1983

Weitere 26 Personen wurden ausgebürgert

Das Kabinett hat die Ausbürgerung von 26 Personen beschlossen, die im Ausland gegen die Türkei gearbeitet haben und dem Aufruf zur Rückkehr nicht gefolgt sind. Es sind: Hatice Bekdemir, Hatice Kilic, Zühal Naside, Abdulvahap Kumararslan, Feti Yentir, Emrullah Gürsel, Seyfullah Erbil, Halit Erdem, Bakiye Beria Önger, Vasfi Sav, Nadir Tilkioglu, Melike Ayse Yurdutapan, Sanar Mehmet Yurdutapan, Inci Özgüden, Dogangün Özgüden, Yildirim Siho, Serafettin Kaya, Enver Altayli, Serdar Musa Celebi, Ali Baran, Mehmet Uzun, Ismail Hakki Büyükkakan, Necati Okan, Selahattin Es, Namik Kemal Depren, Veysel Delialioğlu, Yusuf Isik.

Tercüman vom 10.07.1983

Im DISK-Verfahren wurden 2 Angeklagte aus der Haft entlassen

Im gestrigen Verfahren gegen DISK in Istanbul wurden Sabahattin Topuz und Tayyar Elmas aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 10.07.1983

Verfahren gegen 2 Engländer

Vor dem Ermittlungsrichter von Enez/Edirne fand eine Verhandlung gegen John Simon und Keith Bhison statt, die an der türkisch-griechischen Grenze in verbotenes Gebiet gegangen waren. Die 3. Verhandlung wurde auf den 20. Juli 1983 vertagt.

Cumhuriyet vom 11.07.1983

Die Leiter der Apothekerkammer wurden ins Gefängnis geschickt

Wegen eines Verstoßes gegen das Dekret Nr. 70 waren die Vorstandsmitglieder der Apothekerkammer Istanbul zu je 3 Monaten Haft verurteilt wurden. Der Grund war ein Artikel zur Verfassung in der Apothekerzeitung Havan gewesen. Nachdem die Urteile nun rechtskräftig geworden waren, mußten Sait Yücel, Osman Özcelik, Yasar Topaloglu ins Gefängnis. Im Falle von Gülten Cetin, Nuran Cakiroglu, Osman Demirci und Mehmet Domac erkannte die Staatsanwaltschaft auf Verschiebung der Straftat um 4 Monate.

Tercüman vom 13.07.1983

5 Personen wurden zur Rückkehr in die Heimat aufgefordert

Das Innenministerium hat weitere 5 Personen aufgefordert, in die Heimat zurückzukehren und sich den Justizbehörden zu stellen. Es sind: Cemil Caglayan, Fikret Akay, Ali Sener, Nafiz Bostanci, Yücel Ural.

Cumhuriyet vom 15.07.1983

Das Gericht für illegale Geschäfte hat 191 Angeklagten Geldstrafen in Höhe von 842 Millionen Lira erteilt

Das Militärgericht Nr. 4 in Ankara, das mit den Prozessen wegen illegaler Geschäfte beschäftigt ist, hat bis heute 191 Angeklagte verurteilt. Dabei wurden 10 Angeklagte zu lebenslänglich, 18 zu mehr als 20 Jahren Haft, 59 zu Haftstrafen zwischen 10 und 20 Jahren, 74 zu Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren und 30 bis zu 5 Jahren Haft verurteilt. Die Angeklagten erhielten insgesamt Geldstrafen in Höhe von 842 Millionen Lira. Bei 51 Verfahren erkannte das Gericht auf Nichtzuständigkeit. Vor dem Gericht werden noch in knapp 100 Verfahren gegen mehr als 1.300 Angeklagte verhandelt. Von diesen Angeklagten befinden sich 350 im Militärgefängnis Mamak in Haft.

e) VERHAFTUNGEN

In Aydin wurden 5 Personen verhaftet, die einen Gottesdienst der "Nur" abhielten. (Cumhuriyet vom 6.7.83)

Mit der Operation "Lehrerzelle" in Corum, die 2 Monate andauerte, wurde das Provinzkomitee der TDKP von Corum in die Knie gezwungen. Unter den 68 Festgenommenen sind 2 Frauen, 29 Lehrer und 33 Arbeitslose. In Istanbul wurden 39 Militante der Organisation Kurtulus, unter ihnen 9 Mädchen festgenommen. (Hürriyet vom 09.07.83)

f) FOLTER

Cumhuriyet vom 05.07.1983

Beschluß des Militärgerichtes Nr. 1 in Ankara

In der Verhandlung am 29. Juni gegen 611 Angeklagte

von Dev-Yol vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara wurde der Angeklagte mit der Nummer 195 nach vorne gebeten. Die Angeklagte Sabahat Jale Artun meldete sich zu Wort und beschwerte sich über Schläge und Mißhandlungen auf dem Wege vom Gefängnis zur Gerichtsverhandlung. Die Kammer zog sich darauf zur Beratung zurück und verkündete als Beschluß, daß aufgrund des § 143/5 der Strafprozeßordnung keine Notwendigkeit besteht, daß das Gericht Anzeige im Falle von Vergehen der Aufseher gegen die Gefangenen oder andersherum erstatte müsse. Aus diesem Grunde seien derartige Schilderungen vor Gericht auch belanglos.

Cumhuriyet vom 07.07.1983

Gegen 3 Polizisten werden 10 Jahren Haft wegen Herbeiführung des Todes gefordert

Vor dem Militärgericht in Adana begann ein Prozeß gegen den Hauptkommissar Hüseyin Güler Sönmez, den stellvertretenden Kommissar Mustafa Yazici und den Polizeibeamten Sedat Caner, denen vorgeworfen wird, bei einer Hausdurchsuchung in Gaziantep Cennet Degirmenci zu Tode gebracht zu haben. Der Staatsanwalt fordert in allen Fällen eine Haftstrafe bis zu 10 Jahren. Die Angeklagten lehnten die Beschuldigungen ab und sagten, daß sie unschuldig seien. Der Hauptkommissar Sönmez sagte zu dem Ereignis: *"Wir wollten Köse Güler festnehmen. Er war nicht zugegen. Cennet Degirmenci antwortete uns auf die Frage nach seinem Aufenthalt nicht. Wir entschlossen uns, sie mit nach Kahramanmaraş zu nehmen. Sie aber wehrte sich. Während der Polizeibeamte Sadik Caner sie am Arm zur Tür zog, entglitt sie der Angst und fiel schnell zu Boden und starb. Wir haben sie nicht durch Schläge getötet."* Der Vater der Verstorbenen, Kavo Degirmenci, der als Nebenkläger an dem Prozeß teilnimmt, behauptete, daß die Polizisten seine Tochter getötet hätten. Er habe den Vorfall zwar nicht gesehen, aber Imam Pehlivan, der der Polizei den Hinweis gegeben habe, habe ihm später gesagt, daß seine Tochter an den Schlägen der Polizisten gestorben sei. Später aber habe er das widerrufen. Die Verhandlung wurde auf einen erneuten Termin vertagt.

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Foltertod von Ibrahim Eski

Wegen Mordes durch Folter an dem Gefangenen Ibrahim Eski wurde der Prozeß gegen 1 stellvertretenden Kommissar und 11 Polizisten in Ankara fortgeführt. Die als Nebenkläger auftretenden Anwälte vertraten die Ansicht, daß die Angeklagten ihre Aussage geändert hätten und beantragten außerdem die Sicherstellung der Beweismittel. Das Gericht schloß sich dem Antrag an und faßte den Beschluß, die Akte zur Untersuchung an das gerichtsmedizinische Institut zu senden.

Cumhuriyet vom 12.07.1983

In Kilis wurde ein Prozeß gegen 6 Polizisten wegen Mißhandlung eröffnet

Wegen Mißhandlung an der Gefangenen Nüveren Özdemir hat ein Prozeß gegen den Kommissar Kibar Gürbüz und 5 Polizisten in Kilis begonnen. N. Özdemir war verhaftet worden, weil sich zwei Personen, die bei ihr Schulden hatten, sich ihrer entledigen wollten. Sie wurde dann 10 Tage lang mißhandelt. In der Verhandlung übergab sie ein ärztliches Attest, aus dem hervorgeht, daß sie 1 Tag arbeitsunfähig war und in 8 Tagen wieder gesund werden könne.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 28.6.1983

Arbeitsminister Blüm fährt mit einer 18-köpfigen Delegation in die Türkei

Bei dem Besuch wird Arbeitsminister Norbert Blüm auch von Staatspräsident Kenan Evren empfangen werden. Weiterhin wird es Gespräche mit Ministerpräsident Bülent Ulusu und Arbeitsminister Turhan Esener geben. Der deutsche Arbeitsminister wird den türkischen Regierungskreisen hauptsächlich breite Informationen über das von der deutschen Regierung beschlossene Gesetz zur Rückkehr geben und die Ansichten der Türkei zur Anwendung des Gesetzes einholen.

Tercüman vom 30.6.1983

Ankara erwartet Blüm wegen des Rückkehr-Gesetzes

Hürriyet vom 5.7.1983

Ankara wandte sich hart gegen die "Rückkehr-Akte von Blüm: "Jeder Arbeitslose soll die Prämie erhalten"

Arbeitsminister Turhan Esener weist in einem Gespräch mit Blüm daraufhin, daß das Gesetz von seinen Landsleuten aus betrachtet keinen Nutzen habe. Dies sei kein System, das man akzeptieren könne, wenn die türkischen Arbeiter, die arbeitslos sind, zur Rückkehr gezwungen würden. Weiterhin zeigt Esener auf, daß es eine Tatsache ist, daß türkische Arbeiter in der Türkei bei einer Arbeitslosigkeit von 3 Millionen keine Arbeit finden werden. Dies würde das Ende des Exportes der Arbeitslosigkeit herstellen.

Cumhuriyet vom 5.7.1983

Ankara forderte eine Erhöhung der "Rückkehrprämie", der deutsche Minister forderte "Verständnis"

Was schlagen die Deutschen vor?

- * Zahlung von 10.500 DM an die arbeitslosen Türken in Deutschland als Rückkehrprämie
 - * Kredit, wenn sie in der Türkei eine Firma gründen wollen
 - * Zahlung der Rentenversicherungsbeiträge bei endgültiger Rückkehr
 - * Zuerkennung des Rechts auf Gründung von Lokalen und anderen Arbeitsplätzen für Deutsche in der Türkei, wie es auch den Türken in Deutschland gestattet ist
- Die Gegenvorschläge aus Ankara
- * Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfen sich nicht gegen die türkischen Arbeiter wenden
 - * Ankara zielt auf die volle Mitgliedschaft in der EG. Man darf den türkischen Arbeitern nicht den Status eines Arbeiters, der sich außerhalb der EG befindet, geben. Unter den ausländischen Arbeitslosen muß man die Türken besonders berücksichtigen
 - * Man darf auf die türkischen Arbeiter keinen Druck ausüben, weil die Türkei bei voller EG-Mitgliedschaft das Recht auf Freizügigkeit erhalten wird
 - * Den zurückkehrenden Arbeitern muß auch der Arbeitgeberanteil an der Rentenversicherung ausgezahlt werden

Tercüman vom 6.7.1983

Blüm: "Wäre ich ein türkischer Arbeiter, ich würde nicht zurückkehren."

Blüm weist unter anderem daraufhin, daß wegen der Begehrtheit der Mittel, das Gesetz nicht die insgesamt 120.000 arbeitslosen Türken in der Bundesrepublik einbeziehen könne, sondern, daß man erwarte, daß insgesamt 70.000 Arbeiter zurückkehren würden.

Tercüman vom 6.7.1983

Die Gegenvorschläge von Esener und Side

Esener:

- * Rentenrecht mit 55 Jahren
- * Auszahlung der Arbeitslosenversicherung, des Kindergeldes, der Ersparnisse und der Lebensversicherung vor der Rückkehr
- * Gewährung von neuen Möglichkeiten für die Arbeiter, die in Deutschland bleiben
- * Wirksame Maßnahmen gegen die Türkenfeindlichkeit

Side:

- * Unterzeichnung des 1978 paraphierten Abkommens zur Sozialen Sicherheit
- * Erhöhung des Kindergeldes
- * Medizinische Untersuchung der Türken vor der Rückkehr
- * Die Prämien müssen an die türkischen Sozialversicherungsunternehmen übertragen werden

Cumhuriyet vom 6.7.1983

Blüm: 10.500 DM für eure Arbeiter sind besser als gar nichts—Die Rückkehrprämie wird nicht erhöht

Tercüman vom 7.7.1983

Ankara wird seine entschlossene Haltung bei der "endgültigen Rückkehr" fortsetzen

Tercüman vom 8.7.1983

Der Arbeitsminister der Bundesrepublik Deutschland ist nach Bonn zurückgekehrt—Die Übertragung der Prämien auf die auf die Sozialversicherungsbehörde kommt auf die Tagesordnung

Cumhuriyet vom 7.7.1983

Arbeitsminister Turhan Esener: Ich habe nicht mit Blüm gehandelt—Die Zahl der Arbeiter, die die Rückkehrprämie in Anspruch nehmen können, übersteigt nicht 5.000

Hürriyet vom 8.7.1983

Die Ansicht der deutschen Presse: "Blüm hat zu Ankara Nein gesagt"

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Vorbereitungen für 2 große Projekte mit der SU haben begonnen

Im Rahmen der Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei haben Gespräche mit einer Expertengruppe aus der SU begonnen. Geplant ist die Verdoppelung der Kapazitäten in dem Eisen-Stahlkomplex Hasan Celebi und der Eisen- und Stahlfabrik von Iskenderun sowie die Produktion von Eisenbahnschienen. Diese Arbeiten sollen ebenfalls in dem Stahlwerk von Iskenderun in einer getrennten Abteilung geleistet werden. Außerdem ist in Bursa noch ein Elektrizitätswerk geplant. Die Kredite der SU sollen eine Laufzeit von 15 Jahren und Zinsen in Höhe von 2,5% haben.

Hürriyet vom 11.7.1983

Kanada weist 4 türkische Terroristen aus

Kanada weist die vier türkischen Terroristen Resul Muhammed Mardinli, Sükrü Eren, Ali Aydogdu und Muhammed Bozkal, die in verschiedene terroristische Aktionen in der Türkei verwickelt waren und Asyl beantragt hatten, aus.

Man brachte in Erfahrung, daß sie Mitglieder der PLO sind und daß Resul Muhammed Mardinli in der Türkei einen Mord begangen hat. Die übrigen drei Terroristen, gestanden, in der Türkei an drei terroristischen Aktionen beteiligt gewesen zu sein.

Hürriyet vom 11.7.1983

Die USA verteidigen die Grenz-Operation der Türkei

Das Außenministerium der USA gab eine Erklärung ab zu dem 6-tägigen Grenz-Kommando-Einsatz, der am 27. 5. begann und in der letzten Woche beendet wurde. Der Einsatz fand zum Teil auf irakischem Gebiet statt. Das Außenministerium stellte fest, daß der eigentliche Einsatz 5 Tage dauerte und daß die Einheiten, die die Operation durchführten bis Anfang Juli in dem Gebiet blieben. Die Einheiten bestanden aus 2 Brigaden.

Das Ministerium erklärte dem Journalisten Jonathan Randal von der Washington Post, daß nach Ansicht der USA das Ziel der Türkei bei der Operation gewesen sei, die Opposition separatistischer ethnischer Gruppen zu zerstören.

Über die Zusammenarbeit der ASALA mit separatistischen ethnischen Gruppen schreibt Randal, daß hier eine taktische Allianz bestehe gegen die türkische Regierung.

Randal stellt fest, daß der türkische Kommando-Einsatz durchgeführt worden sei aufgrund von Revolten und Vorbereitungen zur Erklärung der Unabhängigkeit im Nord-Irak. Grund für den Einsatz sei die Ermordung von drei türkischen Soldaten und die Verletzung eines Oberleutnants gewesen. Am gleichen Tag ging auch der Irak (Hürriyet schreibt hier 'Iran') gegen die separatistischen Gruppen vor.

Hürriyet vom 12.7.1983

In einer Woche haben wir 370 Millionen Dollar an Schulden bezahlt

Im Zusammenhang mit den Auslandsschulden der Türkei, die 20 Milliarden Dollar überschreiten, wurden in der Zeit vom 30.6. - 7.7. 370 Mio. Dollar zurückgezahlt. In diesem Jahr wurden bisher insgesamt 1,35 Mrd. Dollar gezahlt. Insgesamt sollen 1983 2,4 Mrd. Dollar zurückgezahlt werden. Vom Budget der Türkei, das 2,5 Billionen TL beträgt, gehen jedes Jahr 1/5 für die Rückzahlung der Auslandsschulden weg.

Die zuletzt gezahlten 370 Mio. Dollar verteilen sich wie folgt:

280 Mio. Dollar an die OECD und vorher verlängerte Kredite und Zinsen

15 Mio. Dollar nicht verlängerte Kredite und Zinsen der OECD.

75 Mio. Dollar an den IWF

Der erste Teil (60 Mio. Dollar) des am 19. Juni genehmigten IWF-Kredites in Höhe von 220 Mio. Dollar wurde in der vergangenen Woche gezogen.

Hürriyet vom 12.7.1983

Die Europäische Investitionsbank gab der Türkei innerhalb von 18 Jahren 148 Milliarden Lira Kredit

Von 1965 bis heute gewährte die Europäische Investitionsbank der Türkei Kredite in Höhe von 148,4 Mrd. TL (705 Mio. europäische Rechnungseinheiten).

115 Mio. Rechnungseinheiten stammen aus den Quellen der Bank, 590 Mio. aus anderen Budgetquellen.

365,9 Mio. Rechnungseinheiten wurden für den Energiebereich verwandt (Elbistan und Karakaya).

BRD

Cumhuriyet vom 5.7.1983

Der deutsche Innenminister: " Die Türkei muß auf die Freizügigkeit verzichten "

Zimmermann erklärte gegenüber der 'Stimme Deutschlands': " Die Zahl der hier lebenden Ausländer muß mittel- und langfristig in bedeutendem Ausmaß verringert werden. Der deutsche Arbeitsmarkt bietet besonders den Ausländern ohne Berufsausbildung keine Chance mehr. Die ausländischen Jugendlichen können keinen Ausbildungsplatz finden.

... Das Nachkommen von ausländischen Kindern in einem Alter, in dem sie kein Deutsch können und auch nicht mehr lernen werden, wie es sich besonders bei Türken zeigt, muß entschlossen beendet werden. Mit diesem Ziel ist es wichtig, ein Alter von 6 oder 7 Jahren (Alter des Eintritts in die Grundschule) als Grenze zu nehmen. Sonst wird unter diesen arbeitslosen Jugendlichen ohne Ausbildung die Kriminalitätsrate steigen.

Mitte Juli werde ich die Türkei besuchen. ... Zum Thema der Notwendigkeit des Verzichts der Türkei auf die Freizügigkeit, die 1986 beginnen soll, haben wir schon früher Erklärungen abgegeben, die keinen Zweifel lassen. Ich denke, dies wird möglich sein. "

Zum Thema Ausländerfeindlichkeit:

" Gruppen, die mit einigen Parolen und Slogans versuchen, auf politischem Gebiet erfolgreich zu sein, haben, wie Sie bei den letzten Wahlen gesehen haben, keinen Erfolg gehabt. In der Bundesrepublik gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Es gibt nur Schwierigkeiten bei der Lebensweise im Zusammenhang mit den Ausländern. "

Hürriyet vom 4.7.1983

Rückkehr "ohne Geld" I.

(Wir drucken hier eine Liste der Ausgaben bei der Rückkehr ab, die sich am Ende des Artikels befindet, tid)

Umzugskosten	5.000 DM
Waschmaschine	1.500 DM
Bügelmaschine	500 DM
Fernsehen	2.300 DM
Video	2.000 DM
Schlafzimmereinrichtung	3.500 DM
Wohnzimmer	2.500 DM
Schrank	2.000 DM
Geschirr	700 DM
Musikanlage	2.000 DM
Staubsauger	400 DM
Küche	2.500 DM
Fotoapparat	1.000 DM
Summe	25.900 DM

Tercüman vom 7.7.1983

Baum, " Das neue Ausländergesetz unterstützt die Idee der Neo-Nazis "

Der ehemalige Innenminister und stellvertretende FDP-Vorsitzende, Gerhard Baum, sagte, daß sie (die FDP) die Veränderungsvorschläge des CSU-Innenministers Friedrich Zimmermann zum Ausländergesetz nicht akzeptieren könnten. Baum kritisierte den Gesetzesvorschlag zur Ausweisung von tatverdächtigen Ausländern ohne Verurteilung durch ein Gericht. Er brachte vor, daß die FDP vor einer solchen Verschärfung des Ausländergesetzes nicht die Augen verschließen würde.

Baum lehnte auch die 6-Jahres-Grenze von Zimmermann

ab und meinte, daß die gegenwärtige Regelung (16 Jahre) "ausreichend" sei.

In einem Brief an die Frankfurter Rundschau schrieb Professor Dr. Heinrich Felder zum Thema der Ausweisung von tatverdächtigen Ausländern ohne Gerichtsverfahren, daß die 4,7 Mio. Ausländer in Deutschland kaum eine rechtliche Garantie hätten. "Mit dieser willkürlichen Gesetzesänderung wird die 'Ausländer raus'-Idee der Neo-Nazis unterstützt werden."

Tercüman vom 30.6.1983

Das Rückkehrgesetz gefiel Matthöfer nicht

(Interview von Matthöfer mit Kemal Sener)

Matthöfer ist der Meinung, daß der Kreis derjenigen, die die Prämie erhalten werden, äußerst begrenzt sei. Es könnten nur diejenigen von der Prämie profitieren, die arbeitslos werden wegen Konkurs ihrer Firma oder, die seit 6 Monaten Kurzarbeit machen. Dies sei ein sehr kleiner Kreis.

Außerdem sei die vorgeschlagene Prämie äußerst unzureichend. An Arbeitslosengeld würde jemand vielleicht in 1 Jahr das Doppelte erhalten.

Rückkehrer werde es geben, aber nicht in Zusammenhang mit dem Prämienanreiz. Eher aus Gründen der Erkrankung eines Angehörigen oder des Aufbaus einer eigenen Existenz in der Türkei oder weil man keine Arbeit mehr finden könne.

Hürriyet vom 7.7.1983

Unterrichtsmittel wurden ins Ausland geschickt

Um den Bedarf der im Ausland befindlichen Kinder an Unterrichtsbüchern für das Schuljahr 1983-84 zu decken, wurden als erste Sendung 364.510 Unterrichtsbücher und verschiedene Unterrichtsmaterialien verschickt.

Nach Angaben des Erziehungsministeriums gingen nach Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Holland insgesamt 241.740 Bücher.

Unter den Materialien befinden sich auch Atlanten, Bilder von Atatürk und Büsten von Atatürk. Der Wert der ersten Sendung beträgt annähernd 50.000.000 Lira. Die Vorbereitungen für eine weitere Sendung von 143.419 Büchern dauern an.

Tercüman vom 7.7.1983

Arbeitslosen Ausländern wurde ein gefälschter Brief geschickt und hierin gefordert, daß sie Deutschland verlassen

In Bielefeld schickten Personen, deren Identität nicht festgestellt werden konnte, den dort wohnenden Ausländern im Namen der Ausländerbehörde einen Brief und forderten, daß sie Deutschland verlassen.

Das Ereignis wurde bekannt, als einige arbeitslose Ausländer bei der Ausländerbehörde anriefen und protestierten. Der Leiter der Ausländerbehörde stellte fest, daß die Briefe gefälscht seien.

Die betreffenden Briefe tragen tatsächlich die Unterschrift eines Beamten der Ausländerbehörde. In den Briefen heißt es: *Nach einem neuen Gesetz aus dem Jahre 1983 werden die Aufenthaltsgenehmigungen aller Ausländer, die arbeitslos werden, aufgehoben. Sie sind hiernach verpflichtet, spätestens ein Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit Deutschland zu verlassen.*

Hierauf nahm sich die Polizei des Ereignisses an und bemühte sich, die Person oder Personen, die die gefälschten Briefe geschrieben hatten, zu verhaften.

(Ähnlicher Artikel in der Hürriyet vom 7.7.1983 unter der Überschrift: *Das fehlte noch!... Den Arbeitslosen wurde ein gefälschtes Formular mit dem Inhalt "Verlassen Sie Deutschland" zugeschickt*)

Kommentar des tid.

Bei der Darstellung der Angelegenheit durch die beiden Zeitungen (Hürriyet beruft sich auf DPA und Tercüman auf Akajans) kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier journalistisch sehr schludrig gearbeitet wurde, wobei die beiden Agenturen hieran wohl auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß haben. Uns liegt der "gefälschte Brief" vor; es handelt sich um ein Flugblatt des Komitees gegen Ausländerfeindlichkeit, welches auch als presserechtlich verantwortlich gezeichnet hat.

Auf der ersten Seite ist tatsächlich der Briefkopf der Bielefelder Stadtverwaltung (Einwohnermeldeamt) verwandt worden und es tauchen Name und Unterschrift eines Beamten der Ausländerbehörde auf. Unter der entsprechenden Mitteilung aber heißt es in vier Sprachen:

"Dieses Schreiben, daß Sie in der Hand halten, ist kein offizielles Schreiben, sondern ein Flugblatt gegen das neue Ausländergesetz"

Auf der Rückseite des Flugblattes befindet sich unter der Überschrift "Soweit darf es nicht kommen" eine Kritik an den neuen Ausländergesetzen und der Hinweis darauf, daß es in Zukunft eventuell zu solchen Mitteilungen durch die Behörden kommen könnte, wenn sich die Gesetze weiter verschärfen.

Cumhuriyet vom 7.7.1983

Bulgarien hat einen der vier Luftpiraten, die 1981 ein Flugzeug nach Bulgarien entführten, ausgeliefert

Von den vier Luftpiraten, die am 24. Mai 1981 das Flugzeug 'Halic' der Turkish Airlines nach Burgaz in Bulgarien entführten, ausgeliefert. Ekrem Kilic wurde gestern Kapitule den türkischen Behörden übergeben. Er hatte zuvor in Bulgarien eine 3-jährige Haftstrafe verbüßt. Die Zeitungen gaben seinerzeit die Namen der Luftpiraten mit Ahmet Balkan, Baki Okan, Celal Aytan und Cem Gülsoy an. Bei der Übernahme stellte sich heraus, daß Baki Oktans richtiger Name Ekrem Kilic war.

(In einer Meldung der Hürriyet vom 8.7.1983 zum gleichen Thema wird der Schwerpunkt darauf gelegt, daß Ekrem Kilic sich freiwillig ergeben habe, tid)

Tercüman vom 8.7.1983

The Times. "Das einzige Ziel der Ausländerpolitik in Deutschland sind die Türken"

In einem Kommentar der Times wird festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht alle Ausländer aus dem Lande herausbekommen wolle, sondern, daß das Hauptziel der angewandten Ausländerpolitik das Hinauswerfen der Türken aus Deutschland sei.

In dem Kommentar von Michael Binyon mit der Überschrift "Wird Deutschland seine Gäste zur Bestechung veranlassen können?" wird auch festgehalten, daß die Menschen, die vor zwanzig Jahren mit Blumen empfangen wurden, jetzt zur "unerwünschten Person" erklärt werden.

Unter anderem wird auch darauf hingewiesen, daß die Türken die einzige Gemeinschaft seien, die ihren nationalen Charakter bewahrt hätten.

Trotz der Bestechung in Höhe von 10.500 DM werde die gewünschte Rückkehr aber viel Zeit und Geld in Anspruch nehmen.

Hürriyet vom 8.7.1983

Die Operation Arbeitergesellschaften

Zur Verhinderung des Konkurses von neu gegründeten Arbeitergesellschaften wurde jetzt mit der Vorbereitung eines neuen Gesetzentwurfes begonnen.

Der Generaldirektor der DESIYAB (Staatliche Industrie- und Arbeiterinvestitionsbank) bewertete den Zustand der Gesellschaften, die hauptsächlich mit den Ersparnis-

sen der türkischen Arbeiter in Deutschland gegründet wurden als schlimm. Er gab bekannt, daß den Teilhabern aus dem Ausland für neu zu gründende Gesellschaften eine Gewinngarantie gegeben werde.

Wörtlich sagte Dr. Halit Kara: "Wir haben 418 der mit Arbeitersparnissen gegründeten Firmen überprüft. Unsere Ergebnisse haben wir zu einem Bericht verarbeitet und den Interessierten vorgelegt. Die Regierung hat nun Schritte unternommen, um die in Schwierigkeiten befindlichen Gesellschaften vor dem Konkurs zu retten. Das Finanzministerium wird für diese Arbeit die notwendigen 93,8 Milliarden Lira für einen Fond zur Verfügung stellen. Zur Rettung der vom Konkurs bedrohten Gesellschaften wird an einem Entwurf für ein neues Gesetz gearbeitet."

Hürriyet vom 10.7.1983

Türkischer Arbeiter, dem ein Bombenpaket geschickt wurde, schwer verletzt

Unser Landsmann Izzet Baykal, der in Aachen im Bergwerk 'Sophiajakoba' arbeitet, wurde von einer auf seinen Namen zugesandten Paketbombe schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Baykan, der in einem Wohnheim für Ledige wohnt, war vom Postamt benachrichtigt worden, daß ein Paket auf seinen Namen eingegangen sei. Baykal brachte das Paket in sein Zimmer, wo es, als er es öffnete, eine starke Explosion gab. Izzet Baykal wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Polizei stellte eine Kommission von 12 Fachleuten zusammen. Nach einer ersten Untersuchung sagten diese, daß in dem Paket eine Bombe mit großer Sprengkraft gewesen sei. Nach dem Absender des Paketes wird gesucht.

Demokratisierung

PARTEIEN

Cumhuriyet vom 04.07.1983

Es werden 23.702 Politiker gesucht

Von den neu gegründeten Parteien müssen für eine Organisation in 67 Provinzen 23.702 Politiker gefunden werden. Wie bekannt, werden in wenigstens 34 Provinzen die Parteien organisiert sein müssen. Dies bedeutet dann für jede Partei mindestens eine Zahl von 1.500 Personen, die in den Provinzorganen tätig sein müssen.

Von den 9 bis heute gegründeten Parteien, wurde die Partei der Großen Türkei verboten, von einer anderen Partei wurde der Großteil der Gründer mit einem Veto belegt und in einer anderen Partei wurde das Auflösungsverfahren eingeleitet, nachdem nur noch ein Gründer übrig geblieben war.

Cumhuriyet vom 04.07.1983

Die Vorsitzenden von 4 der 7 gegründeten Parteien sind pensioniert

Von den 7 Parteien, die sich beim Innenministerium angemeldet haben, sind viele Vorstandsmitglieder pensioniert. Wie eine Untersuchung des Reporters der Agentur THA ergab, befindet sich der Vorsitzende der Partei der Nationalistischen Demokratie, Turgut Sunalp, seit 1976 im Ruhestand als General. Der Vorsitzende der Populistischen Partei, Necdet Calp, hat sich aus dem Amt des Staatssekretärs im Ministerpräsidium verabschiedet und in die Politik begeben. Der Vorsitzende der Partei des Neuen Systems, Vahap Esendag, wurde von seinem Amt in dem militärischen Informations-

dienst pensioniert. Die Vorsitzende der Partei des Richtigen Weges, Ahmet Nusret Tuna, und der Partei der Neugeburt, Zeyyat Kocameni, waren früher einmal Abgeordnete.

Die Untersuchung der THA ergab, daß in der MDP 8 Gründer, in der HP 11 und in der SODEP ebenfalls 11 Gründer pensioniert sind. Unter den Gründern der Vaterlandspartei, deren Durchschnittsalter 48 Jahre ist, befindet sich kein Pensionär.

Tercüman vom 06.07.1983

Die Partei der Tugend wurde gegründet

Mit der Mitteilung an das Innenministerium ist die "Partei der Tugend" die 8. Partei geworden. Der Vorsitzende Alparlan Demirel ging gestern gegen 14 Uhr zum Innenministerium, um seine Partei anzumelden. Alparlan Demirel ist ein pensionierter General. Neben etlichen Anwälten befinden sich unter den 35 Gründern sehr viele pensionierte Armeeingehörige.

Cumhuriyet vom 08.07.1983

Derzeit dürfen nur die MDP und Anapartei Aktivitäten zur Bekanntmachung entfalten

Durch die Mitteilung Nr. 31 hat der Nationale Sicherheitsrat festgelegt, daß alle Parteien, die nach der Kontrolle durch den NSR genügend Gründungsmitglieder haben, von nun ihre Gründungsfeiern abhalten können und Bücher, Zeitschriften und Broschüren verteilen können, mit denen sie sich der Bevölkerung vorstellen. Derzeit haben nur die MDP von Turgut Sunalp und die Anapartei von Turgut Özal diese Bedingung erfüllt.

Hürriyet vom 09.07.1983

30 Vetos für die "Partei des Richtigen Weges" (DYP)

Gegen 30 der 34 Gründungsmitglieder der Partei des Richtigen Weges hat der Nationale Sicherheitsrat gestern ein Veto ausgesprochen. Dieses Veto betrifft auch den Vorsitzenden Ahmet Nusret Tuna und zum ersten Mal auch ein Mitglied der Beratenden Versammlung, Ahmet Senvar Dogu. Der Vorsitzende der Partei sagte, daß bei dem Übergang zur Demokratie einige Schmerzen ausgestanden würden.

Tercüman vom 09.07.1983

Mehmet Pamak hat die "Partei der republikanischen Konservativen" gegründet

Als 10. Parte

Als 10. Partei der neuen Periode wurde gestern die "Partei der republikanischen Konservativen" durch das Mitglied der Beratenden Versammlung, Mehmet Pamak, gegründet. Unter den Gründern befinden sich auch der ehemalige Direktor der Presseagentur Anadolu, Ahmet Karaca, und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Arbeitsamtes, M. Kazim Ilkhan.

Cumhuriyet vom 11.07.1983

Mehmet Pamak hat sich als MHP-Mitglied herausgestellt

Es wurde herausgefunden, daß der Vorsitzende der CMP, Partei der republikanischen Konservativen, Mehmet Pamak, ein Mitglied der aufgelösten MHP ist. In einem Beweisstück, das der Militärstaatsanwalt im MHP-Prozeß gegen den Angeklagten Murat Pinar einführte, ist der Name von Mehmet Pamak als Mitglied der MHP in Canakkale im Jahre 1969 verzeichnet. Hinter seinem Namen ist ver-

merkt, daß er sowohl im Studentenverein, bei den Sozialwissenschaften, den Idealistenvereinen und in der MHP Mitglied ist. Hier gehört er zu den Gründungsmitgliedern und zu den Revisoren.

Mehmet Pamak behauptet allerdings, nie einer Partei angehört zu haben. Allerdings sind lediglich Geburtsdaten bei der Mitgliedereintragung und den Personalien in der Beratenden Versammlung unterschiedlich.

In der Vorstellung der Mitglieder der Beratenden Versammlung schreibt Cumhuriyet am 17.10.1981:

"Während der Studentenereignisse im Jahre 1968 nahm er aktiv an der Seite der 'nationalistischen-sozialistischen' Gruppe teil. Aus politischen Gründen immatrikulierte er sich später an der Universität in Erzurum. Er war der einzige Student, der auf diesem Wege die Universität in Erzurum abschließen konnte. 1949 geboren, ist er das jüngste Mitglied der Beratenden Versammlung."

Der Bericht von einer Auseinandersetzung in der Beratenden Versammlung am 18.11.1982 in der Cumhuriyet, berichtet davon, daß Pamak und Muzaffer Ender den Rücktritt des Innenministers Cetiner, forderten, weil dieser angeblich mit Kommunisten zusammenarbeite. Der Innenminister konnte zwar alle Vorwürfe im Zusammenhang mit Fatsa und der roten Fahne in Kars entkräften, aber die Auseinandersetzung der Beratenden Versammlung dauerte noch eine Zeitlang an, da die 2 Vertreter auch behauptet hatten, daß einige der Mitglieder immer noch wie Vertreter von DISK, Dev-Yol oder Dev-Sol reden würden.

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Cumhuriyet vom 09.07.1983

Kreisvorsitzende der MDP mit Gerichtsverfahren

Der Kreisvorsitzende der MDP für Besiktas, Mustafa Zeki Cinar, ist im MHP-Prozeß angeklagt, weil er den Mördern des DISK-Vorsitzenden Kemal Türkler Unterschlupf gewährt haben soll. Dies befindet sich auf der Seite 748 der Anklageschrift gegen die MHP.

Der Kreisvorsitzende der MDP für Üsküdar, Necdet Tarik Piskin wird vor dem Gericht in Üsküdar angeklagt, weil er ungesetzlich Strom benutzt hat.

Tercüman vom 10.07.1983

13 Vetos gegen die Mitglieder von SODEP

Von den beim Innenministerium neu mitgeteilten Gründungsmitgliedern der SODEP wurde erneut ein

Veto gegen 13 Mitglieder eingereicht. Auf der anderen Seite wurde bekannt, daß die 'Partei der Neugeburt' ihre Auflösung beantragen werden, nachdem nach den Vetos nur noch 8 Gründungsmitglieder übrig geblieben waren.

Tercüman vom 10.07.1983

... und die 11. Partei wurde gegründet: Unsere Partei

Mit 36 Gründungsmitgliedern hat der pensionierte General Mithat Ceylan die Partei "Unsere Partei" bei Innenministerium als 11. Partei angemeldet.

Cumhuriyet vom 11.07.1983

Sunalp: In 35 Tagen haben wir 52 Provinzorganisationen aufgebaut

Der Vorsitzende der Partei der Nationalistischen Demokratie, Turgut Sunalp, hat mitgeteilt, daß sie in 35 Tagen in 52 Provinzen und 212 Kreisen ihre Organisation aufgebaut haben. Er sagte weiter, daß sie sich am 6. November der erhabenen Nation für den Dienst stellen würden.

Cumhuriyet vom 15.07.1983

Die SODEP hat das Programm für Organisationsaufbau in 67 Provinzen angenommen

Die Partei der Sozialen Demokratie, SODEP, hat auf einer Sitzung akzeptiert, in 67 Provinzen ihre Organisation aufzubauen. Dafür werden 13 Teams ins Land geschickt. Bisher wurden in 23 Provinzen die Aufbauarbeiten abgeschlossen.

Cumhuriyet vom 07.07.1983

Die Polizei wird bei Vorfällen Holzstöcke in der Länge von 65 cm benutzen

Durch Veröffentlichung im Amtsblatt wurde die Kleidungs Vorschrift für die Polizei in Kraft gesetzt. Demnach müssen die uniformierten Beamten kurze Haare haben. Die Beamtinnen dürfen keine auffällige Schminke und keinen Schmuck tragen.

Wenn die Polizei besonders gekleidet ist, darf sie bei Einsätzen Holzstöcke in der Länge von 65 cm bei sich tragen. Beamtinnen in Zivil dürfen im Dienst keine Hosen, keine offenen Blusen und keine Sandalen tragen.

IMPRESSUM

TURKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TURKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis 1,50 DM

Abonnement 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf, Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Turkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'turkei-infodienst' erscheint 14-tägig